

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Betriebe

75. Sitzung
7. September 2026

Beginn: 14.04 Uhr
Schluss: 16.41 Uhr
Vorsitz: Jörg Stroedter (SPD)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

Dunja Wolff (SPD) stellt folgende von ihrer Fraktion vorab eingereichte Frage:

„Nachdem am Freitag das Konzept zum HOGA-Campus vorgestellt wurde, wie bewertet der Senat dies im Hinblick auf den zukünftigen wirtschaftlichen Erfolg des Berliner Tourismus- und Gastgewerbes?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) trägt vor, der DEHOGA habe die Initiative ergriffen; SenWiEnBe, SenBJF, SenFin und der Bezirk Tempelhof-Schöneberg wirkten mit. Es handele sich um einen zentralen Ausbildungs- und Innovationscampus. Hotelfachschule und OSZ Gastgewerbe würden zusammengeführt; geplant seien ein Ausbildungshotel, Ausbildungsrestaurants, Azubiwohnen, ein Verbändehaus und innovative Konzepte für Ernährung, Gastronomie und Hotellerie. Es solle eine der besten Hotelfachschulen der Welt entstehen. Hotellerie und Gastronomie seien ein wichtiger Wirtschaftsfaktor in der Stadt und brauchten künftig entsprechende Fachleute, die hier die beste Ausbildung bekommen sollten. Das Land Berlin werde das Grundstück erwerben und voraussichtlich im Wege eines Erbbaurechtvertrags über 99 Jahre vergeben. Das Projekt solle über eine von der Branche gegründete Genossenschaft entwickelt, gebaut und betrieben werden.

Dunja Wolff (SPD) stellt die Nachfrage, wann und mit welchen Kapazitäten das Projekt an den Start gehen werde.

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) antwortet, der Erbbaurechtsvertrag solle nach dem Grundstücksgeschäft zügig abgeschlossen werden. Die Genossenschaft sei inzwischen gegründet worden. Der DEHOGA rechne mit einer Öffnung in vier Jahren, was ambitioniert, aber realistisch sei. Ein B-Plan sei vorhanden. Am Tag sollten sich dort 1 000 Menschen aufhalten. Es werde 2 000 bis 3 000 Auszubildende geben, die auch in den Betrieben und nicht immer auf dem Campus seien. Man rechne mit 500 bis 600 Arbeitsplätzen.

Damiano Valgolio (LINKE) stellt folgende von seiner Fraktion vorab eingereichte Frage:

„Der Senat hat angekündigt, die Wertgrenzen für Direktaufträge, vereinfachte Vergaben und freihändige Vergaben in den Ausführungsvorschriften zu § 55 LHO anheben zu wollen, um diese an die neuen Schwellenwerte des BerlAVG anzupassen. Ist das bereits erfolgt bzw. wann erfolgen die Anhebungen?“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) verweist auf die Zuständigkeit der SenFin. Die Änderung der Ausführungsvorschriften sei offenbar noch nicht erfolgt. SenWiEnBe begrüße die Änderung und warte auf den Erlass der geänderten Ausführungsvorschriften durch SenFin. Zuvor sei der Rechnungshof anzuhören, was wohl gerade erfolge.

Damiano Valgolio (LINKE) führt an, dass die Senatorin die Hochsetzung der Wertgrenzen in den LHO-Ausführungsvorschriften angekündigt und zugesagt habe. Ohne diese Hochsetzung mache die Änderung im Vergabegesetz keinen Sinn. Gebe es Probleme oder politische Differenzen bei dieser Hochsetzung, oder werde diese zeitnah kommen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) macht geltend, dass sie zugesagt habe, wofür sich SenWiEnBe einsetzen werde. Angesichts der Zuständigkeit könne SenWiEnBe SenFin nur bitten, dies zügig voranzubringen. Sie hoffe, dass bald alle notwendigen Schritte erfolgt seien. SenFin habe keinen Zeitplan genannt.

Julian Schwarze (GRÜNE) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Am Donnerstag ist bekannt geworden, dass bei ‚visitBerlin‘ der Geschäftsführer, der erst seit ein paar Monaten neu dabei war, seinen Posten räumt. Den Berichten, die man darüber lesen konnte, war zu entnehmen, dass es unterschiedliche Auffassungen über die Entwicklung von ‚visitBerlin‘ gab. Da stellt sich nach dem ausführlichen Auswahlverfahren die Frage: Wie konnte es dazu kommen, dass es nach nur wenigen Monaten so sehr in unterschiedliche Richtungen lief, und welche waren das?“

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) teilt mit, dass sich der Aufsichtsrat der Berlin Tourismus & Kongress GmbH morgen mit dieser Frage befassen und eine Entscheidung vorbereiten bzw. treffen wolle. Vorher könne er dem Ausschuss keine weiteren Informationen geben. Danach werde der Ausschuss allumfängliche Informationen erhalten.

Julian Schwarze (GRÜNE) stellt die Nachfrage, inwiefern schon absehbar sei, ob es noch mal eine Ausschreibung geben solle, oder wie der weitere Zeitplan sei.

Staatssekretär Michael Biel (SenWiEnBe) erklärt, mit Frau Wendt gebe es eine amtierende Geschäftsführung. Die aufgeworfenen Fragen werde der Aufsichtsrat diskutieren müssen.

Frank-Christian Hansel (AfD) stellt für seine Fraktion folgende Frage:

„Ich möchte der Senatorin die Gelegenheit geben, etwas zum Datenleck zu sagen, was die Wirtschafts- und Energieverwaltung betrifft. Vielleicht können Sie uns sagen, wie Sie mit Ihrem Haus damit umgehen, was abgeflossen ist, und uns einen Überblick dazu geben.“

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) legt dar, nach derzeitigem Sachstand seien aus der SenWiEnBe keine Daten abgeflossen. Ihre Verwaltung stehe seit letztem Jahr unter dem Schutzschirm des ITDZ, das täglich viele Angriffe erfolgreich abwehre. Gleichwohl lägen bestimmte Informationen, die ihr Ressort beträfen, auch bei anderen Häusern, z. B. bei SenMVKU hinsichtlich der Unterlagen der Aufsichtsräte von Landesunternehmen. Man müsse sich anschauen, ob es dort Themen von Relevanz gebe. Bislang seien keine gravierenden Auswirkungen feststellbar. Die Landesunternehmen, die SenWiEnBe begleite, prüften, ob sicherheitsrelevante Themen dabei seien. Viele Daten der SenWiEnBe seien ohnehin öffentlich. Auch in Aufsichtsräten gebe es Dokumente ohne besondere Schutzbedürftigkeit. Über 90 Prozent der bereits angeschauten Daten seien nicht sicherheitsrelevant. Im Übrigen müsse man sehen, wie man den Schutz bei vertraulichen Daten und relevanten Infrastrukturunternehmen in der Stadt erhöhen könne, denn die Hauptstadt sei der erste Punkt für Angriffe in Deutschland. Die Mitarbeiter ihres Hauses seien noch einmal sensibilisiert worden. Der Krisenstab der SenWiEnBe sei vorsorglich eingesetzt worden.

Die Aktuelle Viertelstunde ist beendet.

Punkt 2 der Tagesordnung

- a) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0318](#)
WiEnBe
Ergebnisse des abgeschlossenen ICC-Verfahrens
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

Hierzu: Anhörung

- b) Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs [0026](#)
WiEnBe
Wie geht es weiter mit dem ICC
(auf Antrag der AfD-Fraktion)

Hierzu: Auswertung der Anhörungen vom 28.09.2022 und 15.04.2024

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Widerstandsfähigkeit des Berliner Stromnetzes
erhöhen**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0299](#)
WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 20.04.2026

Philipp Bertram (LINKE) fragt, ob die angekündigten Ad-hoc-Maßnahmen im Verlauf des Sommers abgeschlossen worden seien und wie der weitere Maßnahmenplan sei.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) hebt hervor, die Stromnetz Berlin GmbH sei ein wesentliches Rückgrat der Energie- und Wärmewende. Angesichts zunehmender Zahlen von Photovoltaikanlagen, Wärmepumpen, Ladeinfrastruktur und Speichern müsse der Netzausbau beschleunigt werden. Die Anschläge zeigten die Wichtigkeit des Themas Sicherheit. Tempo und Sicherheit müssten zusammengedacht werden. Nach der Rekommunalisierung, die er begrüße, könne der Stromnetzausbau schneller vorangetrieben und sicherer werden. Berlin brauche ein leistungs- und widerstandsfähiges Stromnetz, was mit einem landeseigenen Netzbetreiber am besten zu schaffen sei. Die Umsetzung der Ziele des Energietisches sei gut gewesen.

Jörg Stroedter (SPD) schließt sich dem an, verweist allerdings auf die Enquete-Kommission „Neue Energie für Berlin“, deren Empfehlungen bis heute fast alle umgesetzt worden seien. Durch die Umstellung bestimmter Dinge werde der Stromverbrauch zunehmen. Innerhalb des Sondervermögens sei viel Geld für die Landesunternehmen eingestellt worden. Wie laufe das jetzt? So etwas wie der Stromausfall in Zehlendorf dürfe sich nicht wiederholen. Wie sei der aktuelle Stand der Sicherheitsmaßnahmen?

Bürgermeisterin Franziska Giffey (SenWiEnBe) schildert, nach den Anschlägen im September und Januar seien sehr viele Maßnahmen eingeleitet worden. Die neuralgischen Punkte der kritischen Infrastruktur hätten einen höheren Schutzstandard, was sich z. B. bei dem Brand am Umspannwerk Mitte bewährt habe. Sie verweise auf das Konzept für den Schutz der neuralgischen Punkte der kritischen Infrastruktur, das Resilienzkonzept für die Wirtschaft und das Resilienzkonzept Mobilfunk. Zu den technischen Maßnahmen gehörten Videokontrollsysteme, Angriffserkennung, Erdverkabelung, Redundanzschaffung und Entflechtung von Kabelbrücken. Dabei handele es sich um einen fortlaufenden Prozess. Es gehe um Investitionsmaßnahmen in Höhe von ca. 200 Mio. Euro in den nächsten Jahren für zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen, z. B. weitere Umzäunungen, Einhausungen, Verschweißungen von Wartungsschächten, Detektionstechnik, neue Schließsysteme an Zugängen, Beleuchtung. 99 Prozent der Stromleitungen befänden sich unter der Erde. Wo dies möglich sei, sollten weiter Erdverkabelungen und Unterführungen statt Kabelbrücken umgesetzt werden.

Organisatorische Maßnahmen seien die Ausweitung des Sicherheitspersonals und Wachschutzes, die Verschärfung der Zugangsregelungen an den Standorten, die Anpassung von Sicherheitskonzepten für einzelne Standorte und regelmäßige Katastrophenschutzübungen. Physische Maßnahmen seien intensiv betrieben worden, z. B. Sicherheitszäune, Sensorik, Videoüberwachung, Wachschutz. Videoüberwachung könne man nach der Veränderung der

rechtlichen Rahmenbedingungen anders einsetzen. In den letzten Monaten habe man 20 km Zaun verstärkt. Damit sei der Standard höher als sonst im Bundesgebiet.

Die Kapazität des Stromnetzes werde man verdoppeln müssen. Die Investitionen für die Kapazitätserweiterung lägen im Milliardenbereich. Man habe einen Investitionskredit von der Europäischen Investitionsbank über 700 Mio. Euro bekommen. Die Eigenkapitalzuführung hebele massiv Mittel aus dem Kapitalmarkt. Alle Baumaßnahmen müssten unter dem Aspekt der Resilienz und zusätzlichen Sicherheit laufen. Ein Punkt bei der Beschleunigung seien die Genehmigungsprozesse. Bei den bundesrechtlichen Rahmenbedingungen wünsche man sich teilweise Verbesserungen. Sicherheit und Schönheit seien nicht immer vereinbar. Leute beschwerten sich teilweise über die Zäune, doch Sicherheit gehe vor Schönheit, denn Berlin sei als Weltmetropole immer Zielpunkt von Attacken und müsse die Funktionsfähigkeit der Stadt, die Stromversorgung und die Daseinsvorsorge gewährleisten. Die Stromnetz Berlin GmbH habe ihre Rückendeckung bei solchen Anwohnerbeschwerden, denn die Priorität müsse klar auf der Sicherheit liegen.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
Neuausrichtung und Stärkung der Solarförderung
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD)

[0273](#)
WiEnBe

Hierzu: Auswertung der Anhörung vom 12.01.2026

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) führt an, dass Berlin ein großes Solarpotenzial habe und bei den öffentlichen Gebäuden erheblicher Nachholbedarf bei Dach-PV bestehe. Das gesetzliche Ausbauziel sei 2024 nicht erreicht worden. Der Senat habe den von seiner Fraktion geforderten verbindlichen Ausbauplan mit transparenten Umsetzungsplänen, klaren Prioritäten, konkreten Zeitplänen etc. nicht vorgelegt, um die gesetzliche Verpflichtung zu erfüllen. Daran werde der nächste Senat hoffentlich stärker arbeiten.

Die Solar- und Energiewende sei nur zu schaffen, wenn die Menschen in Berlin wirtschaftlich davon profitieren oder selbst erneuerbare Energie erzeugen und verbrauchen könnten. Seine Fraktion begrüße die Senatspläne, PV auf Mehrfamilienhäusern in größerem Maße zu realisieren. Klar sei, dass man Mieterstrom voranbringen müsse, damit die Berliner/-innen vom günstigen Solarstrom auf dem eigenen Dach profitierten. Gleiches gelte für Balkonsolaranlagen, die ein wichtiger Baustein der Energiewende seien. Seine Fraktion sehe die komplette Einstellung der Förderung kritisch und befürworte, dass Balkonsolaranlagen in der nächsten Wahlperiode in gewissem Umfang wieder förderfähig seien. Die Aussage des Senats, dass Balkonsolaranlagen 100 Euro kosteten, sei nicht haltbar. Mit den weiteren Kosten komme man schnell auf 1 000 Euro. Vorgaben der Vermieter erschwerten die Installation zusätzlich.

Der **Ausschuss** schließt die Besprechung ab.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Vorsitzender Jörg Stroedter dankt anlässlich der letzten regulären Ausschusssitzung in dieser Wahlperiode den Mitgliedern des Ausschusses, der Leitung und den Mitarbeitenden der SenWiEnBe, der Ausschussreferentin Frau Dr. Bohle und der Wissenschaftlichen Referentin Frau Jagodzinski für die gute Zusammenarbeit und Unterstützung. Man habe viel bewegt.

Dr. Stefan Taschner (GRÜNE) dankt dem Ausschussbüro und der Leitung und den Mitarbeitenden der SenWiEnBe für die gute Zusammenarbeit sowie dem Vorsitzenden für die Leitung des Ausschusses in dieser Wahlperiode und das gemeinsame Voranbringen der Energiewende in den letzten 13 Jahren, obschon es auch Meinungsunterschiede gegeben habe.

Michael Dietmann (CDU) dankt dem Vorsitzenden für die Leitung des Ausschusses in der zurückliegenden Wahlperiode, die gute Zusammenarbeit und sein wirtschaftspolitisches Engagement in den letzten 20 Jahren, auch wenn man nicht immer einer Meinung gewesen sei.

Florian Dörstelmann (SPD) dankt dem Vorsitzenden für die Ausschussleitung und seine Leistung als wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Fraktion sowie der SenWiEnBe, dem Koalitionspartner und den übrigen Ausschussmitgliedern für die konstruktive Zusammenarbeit.

Damiano Valgolio (LINKE) dankt dem Vorsitzenden, den Kolleginnen und Kollegen der anderen Fraktionen und der Leitung der SenWiEnBe für die Zusammenarbeit. Die Senatorin und ihre Staatssekretäre hätten sich für eine gute wirtschaftliche Entwicklung Berlins eingesetzt und bei den entsprechenden Landesunternehmen gute Arbeit geleistet.

Frank-Christian Hansel (AfD) dankt dem Vorsitzenden für die faire Ausschussleitung und der Senatorin für ihr Wirken. Sie habe die Stadt wirtschaftlich weiter gebracht als die Wirtschaftssenatorinnen davor.

Vorsitzender Jörg Stroedter dankt für den Dank und wünscht insbesondere den nun aus dem Parlament ausscheidenden Abgeordneten alles Gute.